Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 233 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend! | Halver Freitag, den 3. Oktober 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm[1] Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Verhandlungen mit rechts und links.

Um die Regierungserweiterung.

Berlin, 1. Oktober.

Wie man aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Reichskanzler Dr. Marx, nachdem die Beschlüsse des Deutschnationalen Vertretertages vorliegen, die Verhandlungen mit den Parteiführern aufgenommen. Diese Verhandlungen über die Frage einer Erweiterung der Reichsregierung werden zunächst sowohl nach rechts als auch nach links, also mit den Sozialdemokraten, geführt. Die Besprechungen werden voraussichtlich die ganze Woche in Anspruch nehmen. In der nächsten Woche werden dann die Reichstagsfraktionen zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Als erste der Reichstagsfraktionen hat die demokratische eine Sitzung auf den 7. Oktober anberaumt. Der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Koch, der in Italien weilt, ist wegen der bevorstehenden Parteiführerbesprechungen von der demokratischen Parteileitung telegraphisch zurückgerufen worden.

*

Die deutschnationale Entscheidung.

Zu dem Beschluß der Vertreterversammlung der Deutschnationalen Volkspartei wird von unterrichteter Seite geschrieben:

Die Vertretersitzung der Deutschnationalen Volkspartei hat zu einer Entscheidung geführt, hinter der nach parteioffizieller Mitteilung fast die ganze Partei steht. Eine Entschließung wurde mit einem Stimmenverhältnis von 10 zu 1 angenommen. Es ist eigenartig, daß die Minorität des 29. August, die „Ja-Sager", ihr politisches Wollen der Parteivertretertagung auflegten, sie in ihre Bahnen gezwungen haben. Sogar der Rest, der gegen jene Entschließung stimmte, war aus taktischen Gründen gegen die Formulierung, aber nur wenige gegen den Inhalt. Die Auseinandersetzungen in der Partei sollen damit beendet sein, da sie doch fruchtlos sind.

In ihrer Entschließung betont nun die Parteivertretung zunächst den Willen, die Geschlossenheit der Partei aufrechtzuerhalten. Und das zweite ist, daß man die Dawes-Gesetze als „bindende Norm" anerkennt, was ja eine Selbstverständlichkeit ist; aber man betrachtet es weiter als Pflicht der Partei, „sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung dieser Gesetze zu verschaffen". Und nun daraus der Schluß: Die Parteivertretung billigt deshalb, daß die Reichstagsfraktion sich den von dem Herrn Reichskanzler Marx in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht versagt.

In einem parteiamtlichen Protokoll der Sitzung wird besonders Bezug genommen auf das bekannte Schreiben der Deutschen Volkspartei vom 28. August, auf dem ja die gesamten Anstrengungen einer Regierungsumbildung nach rechts hin beruhen und dessen Hauptinhalt der war, daß man nun mit allen Kräften nachholen müsse, was in London nicht erreicht worden sei; hierzu müßten die Deutschnationalen mitwirken. Damit ist also die Grundlage gegeben, auf die nach allgemeinem Volksempfinden doch wohl jede Partei treten kann, die bei der Behandlung dieser brennendsten Gegenwartsfragen über die Parteibrille hinwegzusehen vermag.

Ob das geschehen wird? In der Demokratie sind die Ansichten geteilt: macht sich dort doch unzweifelhaft Abneigung gegen die Deutschnationalen bemerkbar. Aber es gibt auch Stimmen, die verlangen, man müsse doch das Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen in der Regierung wenigstens einmal probieren. Das wird erleichtert dadurch, daß man deutschnationalerseits mit diesem Zusammenarbeiten grundsätzlich einverstanden ist, vor allem die Persönlichkeit des Wehrministers Geßler im Kabinett behalten möchte, dessen Verdienste um die Führung des Reichswehrministeriums auch in Rechtskreisen vielen Beifall finden. Herr Geßler soll für seine Person bereit sein, auch mit deutschnationalen Ministern an einem Tisch zu sitzen. Wenn eine neue Regierung rechts von den Demokraten auch an und für sich eine Mehrheit im Parlament hätte, so wäre diese Mehrheit doch nur 26 Stimmen stark. Es besteht also schon aus äußeren Gründen der Wunsch, die Mitwirkung, zum mindesten die Neutralität der Demokratie für das neue Kabinett zu sichern. Daß im Zentrum trotz mannigfacher innerer Abneigungen gegen die Heranziehung der Deutschnationalen Meinung für eine Zusammenarbeit im Gegensatz zu manchen starken, anderslautenden Zeitungsworten besteht, muß angenommen werden.

Eine der wichtigsten Fragen, an der die gleichartigen Versuche im Mai scheiterten, die Umgestaltung auch der preußischen Regierungskonstellation, spielt nicht mehr die starke Rolle wie damals, weil wir ja doch in ein paar Monaten Neuwahlen haben müssen, und auch jene andern Fragen, die Ausführung der Dawes-Gesetze, der Eintritt oder Nichteintritt Deutschlands in den Völkerbund, zurzeit viel wichtiger sind. Eins aber steht fest: mit programmatischen Bindungen gehen die Unterhändler der Deutschnationalen nicht in die Verhandlungen. An dem „Programm" sind schon die vernünftigsten Pläne gescheitert. Weil sie sich oft wie ein unersteigbarer Wall zwischen das Wollen und das politisch Erreichbare geschoben haben.

*

Demokratische Fragen.

Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz, der zweite Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, fordert die Deutsche Volkspartei auf, den Deutschnationalen bei der Erörterung ihres Eintritts in die Reichsregierung folgende sieben Fragen vorzulegen: 1. Erkennen Sie die Weimarer Verfassung an? 2. Sind Sie bereit, jede gewaltsame Änderung der Weimarer Verfassung abzuwehren und alle Mittel der Staatsgewalt gegen Verfassungsverbrecher anzuwenden? 3. Sind Sie bereit, die Londoner Abmachungen als die Grundlage für die deutsche Außenpolitik anzuerkennen? 4. Sind Sie für eine demokratische und nationale Außenpolitik Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes? 5. Sind Sie bereit, jede Förderung der verfassungsfeindlichen Organisationen zu unterlassen? 6. Sind Sie bereit, den Ausbau der Reichswehr als einer verfassungstreuen republikanischen Wehrmacht zu fördern? 7. Sind Sie bereit, Verächtlichmachungen der Verfassung und der verfassungsgemäßen Einrichtungen im Rahmen der Gesetzgebung zu bekämpfen?

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Marx hat die Verhandlungen zur Regierungserweiterung eingeleitet. Die Verhandlungen werden sowohl nach rechts wie nach links geführt.

* Die Bank für Industrieobligationen behufs Ausführung des Dawes-Gutachtens ist in Berlin begründet worden.

* Reichsfinanzminister Dr. Luther ist nach London abgereist, um den Schlußverhandlungen über die Auflegung der deutschen Anleihe beizuwohnen.

* Frankreich hat die Note der deutschen Reichsregierung über die 26prozentige Abgabe beantwortet. Es wird die Ansicht ausgesprochen, die 26 Prozent verstießen nicht gegen den Dawes-Vertrag.

* In der Völkerbundversammlung zu Genf begann die Debatte über das Protokoll, das den Angriff als ein internationales Verbrechen bezeichnet.

* Die griechische Regierung ist, wie aus Athen gemeldet wird, zurückgetreten.

Preußischer Landtag.

tt. Berlin, 1. Oktober.

Das Haus nahm nach zweitägiger Pause seine Arbeiten wieder auf. Auf der Tagesordnung stand eine Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Betriebsstillegungen und Massenkündigungen auf den Zechen des südlichen Ruhrgebietes, die von dem sozialistischen Abgeordneten Husemann begründet wurde. Die Stillegungen hätten einen erschreckenden Umfang angenommen und würden in letzter Zeit immer noch erweitert. Viele Ruhrgemeinden stünden vor dem Ruin. Von den Zechenbesitzern würden die Stillegungen unternommen, um die Arbeiter zu nötigen, auf eine unter dem Tarif liegende Entlohnung einzugehen. Außerdem sei das Ziel der Zechenbesitzer, die Arbeitszeit über den durch Tarif und Schiedsspruch festgesetzten Achtstundentag hinaus zu verlängern.

Handelsminister Siering erklärt, die Staatsregierung habe die Behörden angewiesen, alles zu tun, um der Not zu steuern. Die Absatzschwierigkeiten der Zechen hätten die Betriebseinschränkungen hervorgerufen; zweifellos sei aber schon eine Besserung der Wirtschaftslage zu verzeichnen.

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellation. Abg. Martin (Deutschnat.) beklagt die schweren wirtschaftlichen Folgen der Betriebsstillegungen. Die Reichsbahnverwaltung könnte viel zur Abstellung des Notstandes tun, wenn sie die Tarife ermäßigen und ihre hohen Anforderungen an die von ihr abzunehmende Kohle ermäßigen würde.

Handelsminister Siering betont, das Ministerium wirke ständig auf die Reichsbahnverwaltung im Sinne der Anregungen des Vorredners ein.

Abg. Harsch (Zentr.) wendet sich gegen das Vorgehen der Zechenbesitzer und weist den Vorwurf zurück, daß die Bergarbeiter nicht genug Verständnis für die Schwierigkeiten der Unternehmer zeigten. Abg. Dr. Pinkerneil (Deutsche Volksp.) bestreitet, daß die Betriebsstillegungen den von den Bergarbeiterverbänden angegebenen Umfang angenommen hätten. Abg. Sobottka (Komm.) bezeichnet die Angaben der Zechenunternehmer über die Unrentabilität der Betriebe als Fälschungen.

Französische Ansicht über die 26 %.

Angeblich kein Verstoß gegen den Dawes-Plan.

Die französische Regierung hat an die Reichsregierung ihre Antwort erteilt auf die Note, in der die Reichsregierung gegen die Erhebung der 26prozentigen Einfuhrabgabe für die deutschen Waren protestiert. Frankreich erklärt, diese Maßnahme erscheine der französischen Regierung durchaus in Übereinstimmung mit dem Geiste des Dawes-Planes und der Londoner Abmachungen. Es wird auf die gleiche Maßnahme durch England Bezug genommen. Die französische Regierung sei davon überzeugt, daß die Verordnung weder dem Geist ihrer Entstehung nach noch dem Geist ihrer Anwendung nach eine Gefährdung des wirtschaftlichen Gleichgewichts Deutschlands darstellt. Soweit es den französisch-deutschen Handelsvertrag betreffe, könne eine schädliche Rückwirkung der Abgabe weder auf das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands noch auf die Durchführung des Sachlieferungsprogramms anerkannt werden.

Die französische Regierung versichert, daß sie mit Wohlwollen alle Anregungen prüfen wird, um die Regelung dieser Abgabe den Bedürfnissen des deutsch-französischen Handelsverkehrs anzupassen.

Bank für Industrieobligationen.

Die Gründung.

Zur weiteren Durchführung des Dawes-Planes fand im Reichswirtschaftsministerium die Gründung der im Industriebelastungsgesetz vom 30. August 1924 vorgesehenen Bank für deutsche Industrieobligationen, die die in dem Sachverständigengutachten vorgesehene Belastung der deutschen Wirtschaft mit fünf Milliarden Obligationen durchzuführen hat, statt. Zwecks Gründung hat sich ein Konsortium aus einer Reihe führender Industrie- und Bankfirmen gebildet. Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats, der einschließlich des Präsidenten aus 15 Mitgliedern bestehen soll, hat die Regierung die folgenden Herren bestellt: den Staatssekretär Dr. Trendelenburg, den Ministerialdirektor Bail, den Ministerialrat Dr. Dorn, das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Geh. Rat Dr. Bücher, Herrn Professor Dr. Flechtheim, Herrn Rechtsanwalt Clemens Lammers, Herrn Bankier Dr. Paul v. Schwabach. Von den ausländischen sieben Mitgliedern des Aufsichtsrats hat bisher nur die Reparationskommission drei Mit-

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Getreideausfuhrverbot in Sicht?

Die Getreidemißernte dieses Sommers wird dem Vernehmen nach die Reichsregierung veranlassen, in den nächsten Tagen Maßnahmen zur Behebung einer Nahrungsmittelknappheit zu ergreifen. Es soll auf längere Zeit ein Ausfuhrverbot für Getreide erlassen werden. Zurzeit ist die Ausfuhr auf kurze Zeit eingestellt. Auch für die Ernte an Kartoffeln hat man Besorgnisse. Die Kartoffeln sollen wenig haltbar sein.

Wechsel von Reichs- und Landtagsmandaten.

Der bisherige Reichsverkehrsminister Oeser hat wegen seiner Wahl zum Generaldirektor der Reichsbahn sein Mandat als preußischer Landtagsabgeordneter nach den Bestimmungen der Satzungen der Reichsbahn niedergelegt. Oeser gehörte dem Vorstand der demokratischen Fraktion des Preußischen Landtags an. Für Oeser tritt Rektor Sommer (Magdeburg) in den Preußischen Landtag ein. — Der Reichstagsabgeordnete Klöckner (Zentrum), der dem Verwaltungsrat der Reichsbahn angehört, wird ebenfalls sein Mandat niederlegen, ebenso sein Mandat im Preußischen Staatsrat.

Personalabbau in den preußischen Gemeinden.

Die preußischen Minister des Innern und der Finanzen haben einen Runderlaß herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß der Abbau von Beamten in Gemeinden lediglich nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgen dürfe. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden bei Wiederbesetzung freigemachter Stellen müssen unter allen Umständen gewahrt bleiben. Wenn der Stelleninhaber und nicht die Stelle abgebaut wird, ist die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zur Wiederbesetzung der Stelle vor deren Freimachung von der Gemeindeverwaltung einzuholen. Auch der Beamtenvertretung ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Untaten französischer Soldaten an der Saar.

In diesen Tagen haben sich schwere Übergriffe französischer Soldaten im Saargebiet ereignet. In einer Nacht überfielen französische Soldaten friedliche Passanten und verletzten diese durch Schläge und Steinwürfe derartig, daß mehrere von ihnen sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. In der folgenden Nacht ereignete sich gleichfalls ein Überfall auf deutsche Zivilpersonen durch in der Dunkelheit umherschweifende Soldaten. In einem andern Fall hetzte eine französische Zivilperson ihren Hund auf einen Nachtwächter, der dabei schwere Bißwunden erlitt. In der deutschen Bevölkerung herrscht große Erregung über diese Vorgänge.

Österreich.

× Der Fall Castiglioni. Im österreichischen Nationalrat wies Bundeskanzler Dr. Seipel darauf hin, daß es sich im Fall Castiglioni nicht um eine einzelne Persönlichkeit handele. Der Bundeskanzler sagte wörtlich: „Der Zusammenhang der unter Castiglionis Einfluß eingeleiteten Verbindungen mit österreichischen Unternehmungen ist nicht nur ein persönlicher Zusammenhang, sondern es handelt sich dabei auch um angesehene italienische Unternehmungen und Finanzgruppen. Wir können uns nicht vorstellen, daß, selbst wenn ein finanzieller Zusammenbruch eines Mannes, der in unserem und zugleich im italienischen Wirtschaftsleben und nicht nur dort eine Rolle spielt, nicht zu vermeiden sein sollte, was ich gar nicht beurteilen kann, das italienische Kapital sich etwa den übernommenen Pflichten entziehen sollte."

Aus In- und Ausland.

Berlin. Vizeadmiral Zenker, der Chef der Marineleitung, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zum Admiral befördert worden.

München. In Erlangen ist ein schwarz-weiß-rotes Kartell ins Leben gerufen worden, dem unter anderen angehören: Der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Deutsche Offizierbund, der deutschvölkische Offizierbund, der Stahlhelm und die deutschvölkische Freiheitsbewegung.

Nürnberg. Auf dem Parteitag der Wirtschaftspartei eröffnete Landtagsabgeordneter Drewitz-Berlin die Sitzung, worauf Reichstagsabgeordneter Borrmann-Berlin das Wort erhielt.

Paris. Das Ministerium des Äußern veröffentlicht folgende Note: Es ist eine Nachricht veröffentlicht worden, nach der Frankreich den Protokollentwurf betr. die Schiedsgerichtsbarkeit nur mit einem Vorbehalt annehmen würde. Diese Nachricht ist falsch.

London. Im Unterhause fand ein plötzlicher Vorstoß der Konservativen gegen die Regierung Macdonald statt, der zu einer Kabinettskrisis führen kann.

glieder ernannt. Gemäß der ihr übertragenen Befugnis hat die Regierung fernerhin zu Vorstandsmitgliedern die Herren Dr. W. Bötzkes und Dr. Ramhorst bestellt. An der Gründungsversammlung nahm auch der von der Reparationskommission zum Treuhänder für die Industrieobligationen bestellte Herr E. Nogarra, der italienischer Staatsangehöriger ist, sowie Herr Robinson als Vertreter des Reparationsagenten teil.

Die Verhandlungen wurden vom Reichswirtschaftsminister Hamm mit einer Ansprache eingeleitet, in der er auf die große Bedeutung und die schwierigen Aufgaben hinwies, die der Bank im Rahmen der neuen Reparationsregelung zufallen, und in der er der Hoffnung Ausdruck gab, daß durch verständnisvolles Zusammenwirken aller beteiligten Kreise die über die Maßen schwere Belastung, die der deutschen Wirtschaft mit den Industrieobligationen aufgebürdet worden ist, nach Möglichkeit erträglich gemacht werden möge.

Als Vertreter der Belasteten wie der deutschen Mitglieder des Aufsichtsrats gab Herr Prof. Flechtheim der Erwartung Ausdruck, daß die Arbeit, die diese im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft und der Belasteten aller Wirtschaftszweige zu leisten entschlossen seien, dazu beitragen möge, eine ruhige Entwicklung zum Schutze der Deutschen zu gewährleisten, und sprach die Hoffnung aus, daß alle Beteiligten an die Durchführung in dem Geiste herangehen möchten, aus dem heraus allein die Durchführung des Berichts Erfolg verspreche.

Tagung der Wirtschaftspartei.

Nürnberg, 1. Oktober.

Auf dem Parteitag der Wirtschaftspartei wurde zur Frage der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft eine Entschließung angenommen, in der neben dem entschiedenen Eintreten für Befreiung von der Zwangswirtschaft betont wird, daß es notwendig sei, bei der Aufhebung auch die Interessen aller Mittelstands- und Volkskreise zu wahren. Vor allen Dingen müsse der gewerbetreibende Geschäftsmann und Handwerker, soweit es sich um Gewerberäume handelt, vor Ausmietung und willkürlicher Mietssteigerung geschützt werden.

Zur Schutzzollfrage wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die in der Wirtschaftspartei vereinigten Kreise sehen mit großer Besorgnis die Bestrebungen des Reichslandbundes auf unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere die geplante und zum Teil schon in Angriff genommene Einrichtung eigener Brotfabriken. Die Reichstagsabgeordneten der Wirtschaftspartei erhalten den Auftrag, die Zustimmung zur Schutzzollvorlage abhängig davon zu machen, daß alle derartigen Bestrebungen eingestellt werden."

Vor zehn Jahren.

Die wichtigsten Kriegsereignisse im Oktober 1914.

2.—13. Schlacht bei Arras.
9.—19. Schlacht bei Warschau.
9.—20. Schlacht bei Iwangorod.
11. Unterseeboot „U 9" versenkt den russischen Panzerkreuzer „Pallada" vor dem finnischen Meerbusen.
15. Der englische Kreuzer „Hawke" wird in der Nordsee von „U 9" versenkt.
15.—28. Schlacht bei Lille.
17. Die Torpedoboote „S. 115", „S. 117", „S. 118" und „S. 119" werden an der holländischen Küste von englischen Kreuzern und Zerstörern vernichtet. — Torpedoboot „S. 90" durchbricht die feindliche Blockade vor der Kiautschoubucht, versenkt den japanischen Kreuzer „Takatschio", wird dann vom Kommandanten auf Strand gesetzt und gesprengt.
18. Beginn der Schlacht an der Yser, die bis zum 30. November dauert.
28. Kleiner Kreuzer „Emden" vernichtet im Hafen von Pulo Penang den russischen Kreuzer „Semtschug" und den französischen Zerstörer „Mousquet".
30. Beginn der Schlacht bei Ypern, die am 24. November endet.
31. Unterseeboot „U 27" versenkt den englischen Kreuzer „Hermes" auf seiner Rückfahrt von Dünkirchen. — Beginn des allgemeinen Angriffs auf Tsingtau.

Steuerkalender

für Oktober 1924.

Zusammengestellt von der Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid am 1. Okt. 1924.

Die Nummer des Sollbuchs oder der Hauptsteuerliste ist zur schnelleren Abfertigung bei jeder Zahlung oder Voranmeldung anzugeben.

Reichssteuertermine:

Bis zum 5. Okt.: **Lohnsteuer.** Für Lohnzahlungen (einschl. Vorschuß- oder Abschlagzahlungen) in der Zeit vom 21. bis Ende Septb. Keine Schonfrist. Zahlstelle: Finanzkasse.

Bis zum 8. Okt.: **Rentenbankzinsen,** vorerst die auf volle Goldmark nach unten abgerundete Hälfte der Halbjahrszinsen des Rentenbankbescheides. Keine Schonfrist. Zahlstelle: Finanzkasse.

10. Okt.: **Einkommensteuer**-Vorauszahlung und Voranmeldung für den Monat Sept., wenn Umsatzsteuer monatlich gezahlt wird, für die Monate Juli, August und September (III. Kalendervierteljahr 1924) für alle übrigen Umsatzsteuerpflichtigen außer Landwirte und Gehaltsempfänger mit weniger als 2000.— Mk. Vierteljahrseinkommen. Schonfrist 7 Tage. Zahlstelle: Finanzkasse für den ganzen Finanzamtsbezirk.

10. Okt.: **Umsatzsteuer**-Vorauszahlung und -Voranmeldung der allgemeinen und erhöhten Umsatzsteuer ($2^1/_2$—15%) für sämtliche Steuerpflichtige. Schonfrist 7 Tage. Zahlstelle: Finanzkasse. — Die Ermäßigung der Umsatzsteuer gilt erst für nach dem 1. Oktober vereinnahmte Entgelte.

10. Okt.: **Körperschaftssteuer.** Vorauszahlung und Voranmeldung: I. Monatszahler für September. II. Vierteljahrszahler für die Monate Juli, August, und September. Schonfrist: 7 Tage Zahlstelle: Finanzkasse.

Bis zum 15. Okt.: **Lohnsteuer** für Lohnzahlungen (einschl. Vorschuß- oder Abschlagzahlungen) in der Zeit vom 1.—10. Okt. Keine Schonfrist. Zahlstelle: Finanzkasse.

Bis zum 16. Okt.: **Börsenumsatzsteuer** der Banken und Sparkassen im Abrechnungsverfahren. Endanmeldung für Sept., Voranmeldung für Okt. Keine Schonfrist. Zahlstelle: Finanzkasse.

Bis zum 25. Okt.: **Lohnsteuer** für Lohnzahlungen (einschl. Vorschuß- oder Abschlagzahlungen) in der Zeit vom 11. bis 20. Oktober. Keine Schonfrist. Zahlstelle: Finanzkasse.

Vermögenssteuer: Wo Vermögenssteuerbescheid erst nach dem 15. August zugestellt ist. Zahlung lt. Bescheid 2 Wochen nach Zustellung des Bescheids. Schonfrist 7 Tage. Zahlstelle: Finanzkasse.

Staatliche Steuertermine:

Bis zum 15. Okt.: **Staatliche Steuer vom Grundvermögen.** Die Oktoberrate. Schonfrist 7 Tage. Zahlstelle: Oertliche Hebestelle.

Bis zum 15. Okt.: **Hauszinssteuer.** Die Oktoberrate. Schonfrist 7 Tage. Zahlstelle: Oertliche Hebestelle.

Diejenigen **Gewerbesteuerpflichtigen,** die ihre Einkommensteuer monatlich zu entzichten haben, müssen auch ihre Voranmeldungen zur Gewerbeertragssteuer und Lohnsummensteuer den **Gemeinden monatlich** unter gleichzeitiger Ueberweisung der zu zahlenden Beträge einreichen. Alle übrigen Steuerpflichtigen reichen ihre Voranmeldungen vierteljährlich ein. Wer die Voranmeldungen für die Monate ab April ds. Jrs. bis heute noch nicht eingereicht hat, muß dieses sofort nachholen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 3. Oktober 1924

☐ **Eilsendungen nach Nordamerika.** Vom 1. Oktober an können gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art nach den USA-Staaten Colorado, Idaho, Illinois, Indiana, Iowa, Kalifornien, Cansas, Michigan, Minnesota, Missouri, Montana, Nebraska, Nevada, Ohio, Oregon, Süd-Dakota, Utah, Wisconsin, Wyoming und nach überseeischen Ländern hinter San Francisco mit der Luftpost Newyork—San Francisco befördert werden. Die Luftpostlinie ist in drei Zonen eingeteilt: 1. Zone Newyork—Chicago, 2. Zone Chicago—Cheyenne, 3. Zone Cheyenne—San Francisco. Abflug täglich Newyork 10 Uhr, an Chicago 6,15, an Cheyenne 5,10 (nächster Tag), an San Francisco 5,45. Anschluß für deutsche Post mit allen regelmäßig zur Postbeförderung benutzten Dampfern nach Newyork. Zuschlagsgebühr außer den gewöhnlichen Auslandsgebühren für Postkarten und für je 20 Gramm anderer Briefsendungen nach dem Gebiet der 1. Zone: 40 Pf., der 2. Zone: 80 Pf., der 3. Zone einschließlich der Hinterländer über San Francisco: 1,20 Mark. Die Sendungen müssen vollständig freigemacht sein und den auffallenden Vermerk „Mit Luftpost Newyork—San Francisco" tragen. Die Auflieferung geschieht am besten am Postschalter. Die Luftpost beschleunigt die Beförderung von Newyork nach San Francisco um 2¼ Tage.

—* **Zahlung der Rentenbankzinsen zum 1. Oktober 1924.** Das Gesetz übe die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen vom 30. August 1924 sieht den Fortfall der Belastung der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe einschl. der Banken vor. Die Unternehmer sind verpflichtet, die bis zum Inkrafttreten dieser Vorschrift aufgelaufenen Zinsen für die Umlage an die deutsche Reutenbank abzuführen.

Die Belastung der dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienenden Grundstücke bleibt zwecks Liquidation der Rentenbankscheine auch weiterhin bestehen. Sie ändert sich aber in der Weise, daß die Höhe der Grundschulden auf 5 v. H. des Wehrbeitragswertes bei einem Zinssatz von 5 v. H. festgesetzt wird und das als Wehrbeitragswertes der auf Grund der gegenwärtigen Vermögensteuerveranlagung berichtigte Wehrbeitragswert gilt.

Die Vorschriften über die Belastung der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Gärtnereien werden mit Wirkung vom 1. April 1924 in Kraft gesetzt. Die Befreiung von der Zinsverpflichtung wird bei Industrie, Handel und Gewerbe für die vom 1. Oktober 1924 ab laufenden Zinsen wirksam. Hieraus ergibt sich, daß die industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe einschl. der Banken die am 1. Okt. für das vergangene Halbjahr zu zahlenden Zinsen noch in der Höhe zu entrichten haben, die sich aus den zu Anfang dieses Jahres zugestellten Rentenbankumlagebescheiden ergibt. Diese Zahlung ist die letzte, die von diesen Wirtschaftszweigen für die Rentenbank zu leisten ist. Unter Berücksichtigung der schwierigen Wirtschaftslage hat das Ministerium Zahlung in 2 Raten zugelassen. Die erste Rate am 8. Oktober, die zweite am 15. Januar 1925.

Die Eigentümer der dauernd land-, forstwirtschaftlichen oder gärtnernischen Zwecken dienenden Grundstücke würden nach dem Vorstehenden zum 1. Okt. Zinsen in der Höhe zu entrichten haben, die sich aus den berechtigten Wehrbeitragswerten ergeben würde. Da die Berichtigung der Wehrbeitragswerte noch nicht überall durchgeführt ist, hat der Reichsminister der Finanzen bestimmt, daß zur Vermeidung umfangreicher Erstattungen von der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und den Gärtnereien einstweilen zum 1. Okt. 1924 nur die auf voll Goldmark nach unten abgerundete Häfte der aus den Bescheiden über die Rentenbankgrundschulden sich ergebenden Halbjahrszinsen zu zahlen sind. Der Ausgleich der in den meisten Fällen in einer gewissen Nachzahlung bestehen wird, wird erst nach Beendigung der Vermögensteuerveranlagung vorgenommen werden.

Alle Personen, denen bisher Rentenbankbescheide zugestellt worden sind, müssen die Oktoberzinsen gemäß dem Vorstehenden rechtzeitig entrichten. Industrie, Handel und Gewerbe haben also die vollen Halbjahrszinsen,

Aus eigener Kraft.

Roman von H. Abt.

48) (Nachdruck verboten.)

Sie war im Zimmer allein, hatte es schließlich durchgesetzt, daß die Tochter, nach allerlei Widerrede das Haus zu einer Besorgung verlassen hatte, die etwa eine Stunde in Anspruch nehmen würde. Die Stunde war bald abgelaufen, aber auch das, was zwischen ihr und ihm, der eben gekommen, unter vier Augen zu sprechen war, würde bald gesagt sein, da er ja doch gekommen war. Die alte Dienerin wußte Bescheid, Anmeldung war nicht erst vonnöten. Warum aber kam sie nun doch, statt den Besucher ohne weiteres eintreten zu lassen? Und sie machte ein so seltsames Gesicht! — Wer hatte denn geklingelt? Wer war gekommen?

„Herr Jobst Müllenhof", sagte mit gedämpfter Stimme die Dienerin.

Die Generalin fuhr zusammen. Starrer Schrecken kam in ihren Blick. Was konnte das bedeuten? Und flüsternd wiederholte sie: „Jobst Müllenhof — Jobst, sagten Sie, Berta?" Und dann mit plötzlicher Beherrschung: „Ich lasse bitten."

Dem Eintretenden ging sie mit gesellschaftlicher Form entgegen. — „Ich bin erfreut, Sie bei mir begrüßen zu dürfen, Herr Müllenhof."

Er hatte eine kurze Verbeugung gemacht und sagte nun ohne Umschweife: „Ich komme infolge des Briefes, den mein Neffe von Ihnen erhalten hat."

Ihr Blick zuckte zur Seite, ihre Hände preßten sich nervös in die Falten ihres Kleides. Beschämend, peinigende Ungewißheit, wie sie diese Stellvertretung aufzufassen habe, gaben ihrer Stimme einen leisen, scheuen Klang. — „Ich mußte es wohl so auffassen, als ich Ihren Namen hörte." — Und dann plötzlich wieder in Ton und Haltung ganz die vornehme Dame, die die Situation beherrscht: „Aber wollen Sie bitte nicht Platz nehmen?"

Jobst Müllenhof übersah den bequemen Sessel, auf den die Generalin deutete, zog sich einen Rohrstuhl herbei und auf dem niedersitzend, sagte er: „Wenn Sie mir mitteilen wollten, um was es sich handelt, ließe sich die Notwendigkeit Ihres Briefes wohl eher beurteilen."

„Die Notwendigkeit meines Briefes?" — Ihre künstliche Beherrschtheit war wieder vorbei. — Glauben Sie, ich hätte diesen Brief ohne zwingende Notwendigkeit geschrieben? Diesen Brief?" — Ihr Blick ging starr vor sich hinaus, und in Sekunden lebte sie noch einmal die Qual des Wartens durch, die nicht mehr von ihr gewichen war, seit sie es vor sich hingemurmelt: „Ich hab' auf einmal so eine Angst." —

Die Nacht hindurch, den nächsten Morgen, bis in den langen Nachmittag hinein, hatte sie gewartet, immer nur gewartet, ob nicht ein Brief von dem Sohn kam, oder ob er nicht selber kam, um zu erklären, warum er am verwichenen Abend so gegen seine sonstige Art Stunden um Stunden auf die Rückkehr der Mutter gelauert. Nichts kam von ihm. Da ertrug sie's nicht länger, und ohne ein Wort zur Tochter zu sagen, die der Mutter Qual nicht achtend, mit bösem, feindlichem Gesicht und verschlossenen Lippen einherging, hatte sie sich angekleidet und war zum Bahnhof gestürzt. Und dann — —

Jobst Müllenhof sah, daß es wie Grausen in der Generalin starrenden Blick kam und als wäre er jedem ihrer jagenden Gedanken gefolgt, so sagte er nun „Sie haben einen Sohn, der Schulden gemacht hat?"

Sie fuhr herum, sah ihn mit flackernden Augen an. „Ja, einen einzigen Sohn." Und aufspringend, völlig außer sich, die Hände von sich streckend: „Und mit diesen meinen Händen habe ich ihm die Pistole fortgerissen, die er schon gegen sich erhoben hatte, weil er für die Ehrenschuld von 12 000 Mark keine Deckung wußte."

„So was kommt ja öfters vor," sagte Jobst Müllenhof mit unbewegtem Gesicht.

Die Generalin bog das ihre gegen ihn vor, als wolle sie sehen, wie er seine Worte meinte. Und dann überstürzten sich ihr die Worte plötzlich auf den Lippen: „Ja — nicht wahr? — nur zu oft kommt das vor, und — o Gott, wie leicht! Und tausend Entschuldigungsgründe gibt es da. Wenn einer jung ist und voll Temperament und Leben und dazu so aussieht — so!"

Sie riß von der Konsole einen dreigeteilten, bronzenen Photographierahmen und stellte ihn vor Jobst Müllenhof hin. Egon von Röhritz in drei verschiedenen Lebensaltern. Rechts, im gestickten Russenkittelchen, ein Kinderspielzeug in der Hand, links als Kadett, den künftigen Leutnantsblick schon auf den noch kindlich weichen Zügen — und in der Mitte, die Seitenbilder um ein Beträchtliches überragend, der junge Offizier in leichtfertig lächelnder, sieghafter Schönheit.

Die Mutter deutete auf das Bild, und ihre eigene Haltung wurde immer selbstbewußter, ihre Stimme immer erregter, als wolle sie jede Beschuldigung zurückweisen, die den Sohn zu Unrecht treffen konnte.

„Wenn man so aussieht — und dazu die Verpflichtungen seines Standes, denen sich einer nicht entziehen kann — und die Kameraden, die über glänzendere Mittel verfügen — und wenn sich dann einer verlocken läßt und auch mal mittut — und Unglück kommt noch dazu — und um sich herauszuhelfen, windet er sich immer tiefer hinein — bis sein Ehrenstandpunkt ihn nur noch den letzten Ausweg sehen läßt — oh, ob Sie recht haben, Herr Müllenhof, wie leicht kann es dahin kommen, und wie wenig wirkliche Schuld kann den treffen, der so das Opfer unglücklicher Verhältnisse wird."

„So hab' ich's nicht gemeint, Frau Generalin," sagte Müllenhof mit eisigem Ton. „Was ich unter Ehrenstandpunkt verstehe, ist anderer Art, und für den da" — auch er deutete jetzt auf das Mittelbild — „da würde ich keinen Finger rühren, und wenn er sich zehnmal die Pistole an die Stirn setzte, um auf die Art seine Schulden zu bezahlen."

Die Generalin war aschfahl geworden, ihre Hände umkrallten die Tischplatte, ihre Lippen bebten; es war sichtbar, daß sie sich nur mit äußerster Anstrengung davor zurückhielt, im beleidigten, empörten Mutterstolz dem die Tür zu weisen, der ihr vor des Sohnes Bildnis das zu sagen wagte. Aber sie dachte auch daran, daß sie damit ihre letzte Zuflucht von sich gestoßen hätte, und mit heiserer Stimme preßte sie hervor: „Sind Sie gekommen, mir das zu sagen — im Auftrag Ihres Neffen?"

(Fortsetzung folgt.)

Ein völkischer Wanderredner verhaftet.

Stade, 1. Oktober. In Ahlerstedt im Kreise Stade wurde der völkische Wanderredner Schimmel wegen Gefährdung der Republik verhaftet und im Auto in das Burtehuder Amtsgerichtsgefängnis gebracht. Schimmel will vor dem Kriege Organist in der Erlöserkirche zu Jerusalem gewesen sein; an der Schlacht bei Jericho im Jahre 1917 will er auch teilgenommen haben.

Die Versammlung deutscher Historiker.

Frankfurt a. M., 1. Oktober. Die 14. Versammlung Deutscher Historiker und die mit ihr verbundene Tagung des Verbandes Deutscher Geschichtslehrer wurde heute vormittag in der Frankfurter Universität feierlich eröffnet. Mehr als 300 Teilnehmer sind aus allen Teilen Deutschlands sowie aus der Schweiz und Österreich eingetroffen.

Eisenbahnunglück bei Mainz.

Mainz, 1. Oktober. Im Tunnel zwischen dem Haupt- und Südbahnhof in Mainz fuhr der von Frankfurt kommende D-Zug auf einen nach Worms fahrenden Personenzug auf. Soweit alsbald festgestellt werden konnte, wurden mehrere Personen erheblich verletzt. Die Strecke ist gesperrt.

Der Alkoholverbrauch in Bayern.

München, 1. Oktober. In einer halbamtlichen Erklärung wird der Behauptung entgegengetreten, daß Bayern unter allen Ländern der Welt den weitaus größten Alkoholverbrauch aufweise. Diese Behauptung entspreche nicht den Tatsachen. Nach einer statistischen Aufstellung fallen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1921-22 152 Liter Bier, im Jahre 1922-23 134 Liter Bier. Keinesfalls könne der bayerische Bierverbrauch von 1922-23 mehr als 134 Liter Bier pro Kopf der Bevölkerung betragen, wahrscheinlich sogar weniger.

Die Bergarbeiter bei Macdonald.

London, 1. Oktober. Der Ausschuß der Bergarbeiterverbände von Großbritannien wurde heute vormittag in Downingstreet vom Ministerpräsidenten empfangen, um mit ihm die Folgen des Dawes-Plans auf die britische Bergbauindustrie zu erörtern.

Cuno in Budapest.

Budapest, 1. Oktober. Der ehemalige Reichskanzler Cuno trifft am kommenden Montag in Budapest ein; er wird in der deutsch-ungarischen Handelskammer einen Vortrag über Verkehrs- und andere Fragen, die sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beziehen, halten.

Welt und Wissen.

w. **Hans Thoma.** Am 2. Oktober vollendete der Maler und Dichter Hans Thoma das 85. Lebensjahr. Thoma, der ein Sohn des Schwarzwaldes ist, malte anfänglich meist Landschaften und Szenen aus dem täglichen Leben; später kamen dazu religiöse Bilder und der Mythologie entnommene Stoffe. Seine Werke zeichnen sich durch treffliche Komposition und große Gefühlswärme aus. Seit er im Jahre 1890 in München zum erstenmal eine größere Ausstellung seiner Hauptwerke veranstaltete, ist er einer der Lieblingsmaler des deutschen Volkes geworden. Auch als Dichter ist Thoma hervorgetreten, und seine kleinen von tiefster Religiosität erfüllten Schriften („Die zwischen Zeit und Ewigkeit unsicher flatternde Seele", „Seligkeit und Wirrwahns Zeit" u. a.) sind viel beachtet worden. Als Thoma seinen 60. Geburtstag feierte, gab Detlev v. Liliencron auf die Frage, was dieser Malerpoet für das deutsche Volk bedeute, die Antwort:

„Wer Du ihm bist? Sein deutscher Maler.
Die Liebe hat sich Dir gesellt,
Und dankbar beugen wir die Knie
Vor Dir, Du stiller, treuer Held."

w. **Pestgefahr für Europa!** Die im Astrachaner und Bukejewschen Rayon sowie in der Kirgisensteppe wütende Bubonenpest breitet sich in erschreckender Weise aus. Der Kaukasus ist bereits von der Epidemie ergriffen und das Saliker Pestlaboratorium hat festgestellt, daß von der Pest infizierte Springmäuse auf ihren Massenzügen längs der Wladikawkaser Eisenbahn bereits bis nach der Station Remontnaja zwischen Wladikawkas und Rostow am Don vorgedrungen sind. Da man es hier nicht mit den fast alljährlich in einigen asiatisch-russischen Gebieten auftretenden begrenzten Seuchenherden zu tun, sondern da die Pest bereits eine weitaus größere Verbreitung gefunden hat, hat die Sowjetregierung 350 000 Goldrubel zur Bekämpfung der Seuche ausgeworfen. Durch das Vordringen der Pest bis nach Rostow taucht die Befürchtung auf, daß die Pest ins europäische Rußland und damit ins übrige Europa eingeschleppt wird.

Arbeiter und Angestellte.

München. (Neue Gewerkschaftsbünde.) Eine neue Gewerkschaft ist in Nürnberg unter dem Namen „Reichsbund Großdeutscher Gewerkschaften für Bayern" und ihm parallel für das übrige Deutschland „Reichsbund für Nationalsozialistische Gewerkschaften" gegründet worden.

Bochum. (Ein Dementi der Deutschen Bergarbeiterverbände.) Die in der deutschen und ausländischen Presse verbreitete Erklärung des britischen Bergarbeiterführers Cook, wonach die deutschen Bergarbeiter am 1. Oktober die bestehende Lohn- und Arbeitszeitregelung kündigen und in eine internationale Streikaktion zur Erzwingung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen eintreten wollten, wird durch die Bergarbeiterverbände kategorisch dementiert.

Bochum. (Bergarbeiterprotestversammlung gegen die Betriebseinschränkungen.) Eine vom Deutschen Bergarbeiterverband einberufene Bergarbeitermassenversammlung, die gegen die Stillegung im Ruhrbergbau Stellung nahm, nahm eine Entschließung an, in der von der Reichsregierung auf Grund der §§ 2 und 3 des Sozialisierungsgesetzes vom 23. März 1919 gefordert wird, einzugreifen.

London. (Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit in England.) Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich nach Mitteilung des Arbeitsministeriums weiter vermehrt, und zwar gegenüber der letzten Berichtswoche um 16 250. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist momentan 1 180 205.

Köln. (Die Arbeitszeit im Braunkohlenbergbau.) Die Bergarbeiterorganisationen für das rheinische Braunkohlengebiet hatten den Tarif vom 24. Mai gekündigt. Ihr Tarif sieht eine Schichtzeit von 12 Stunden und einen Lohn von durchschnittlich 5,25 Mark für die Schicht vor. Die Arbeitnehmer verlangten baldige Rückkehr zur Achtstundenschicht und eine Lohnerhöhung. Das Schiedsgericht lehnte gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer die Forderungen der Bergarbeiter ab und setzte die am 24. Mai zwangsläufig verfügte Regelung von Arbeitszeit und Lohn aufs neue fest. Die Kündigung soll erst am 1. Dezember mit Wirkung vom 31. Dezember erfolgen können.

Berlin. (Die Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn.) Das Ergebnis der Beamtenratswahlen bei der Reichsbahn liegt nunmehr vor. In runden Zahlen verteilen sich die abgegebenen Stimmen für den Hauptbeamtenrat wie folgt: Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter 99 500 (6 Sitze); Deutscher Eisenbahner-Verband 31 800 (2 Sitze); Gewerkschaft deutscher Eisenbahner 59 500 (4 Sitze); Gewerkschaft der Reichsbahnbeamten 58 300 (4 Sitze); Gewerkschaft technischer Eisenbahnbeamten 16 000 (1 Sitz). Die beiden erstgenannten Verbände gehören zu den freien Gewerkschaften (A. D. G. B.); die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist ein Teil des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes (D. G. B.); die beiden letztgenannten Gewerkschaften sind dem Deutschen Beamtenbund angeschlossen.

Düsseldorf. (Der Lohnvertrag in der nordwestlichen Metallindustrie gekündigt.) Die drei Metallarbeiterverbände haben den Lohnvertrag mit dem Arbeitgeberverband der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zum 1. Oktober gekündigt, weil sie der Meinung sind, daß die Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht im Einklang stehen. Der Arbeitgeberverband hat den Gewerkschaften geantwortet, daß an eine Lohnerhöhung nicht zu denken sei. Die wirtschaftliche Lage der Werke sei derart schlecht, daß die Arbeitgeber bei etwaigen Lohnverhandlungen nur eine Herabsetzung der Löhne vorschlagen könnten.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Wenn die Herrschaft auf den Lumpenball geht.** Die berüchtigte Hausdiebin Mattern, die schon wiederholt die Gerichte beschäftigt hat, und die unter der Maske einer Stütze sich Eingang bei Herrschaften zu verschaffen versteht, um bei günstiger Gelegenheit die Wohnung auszuräumen, erhielt wieder einmal eine empfindliche Strafe für eine neue „Heldentat". Die Angeklagte hatte es verstanden, Stellung als Stütze bei einem Kaufmann K. zu finden. Zwar war sie unter ihrem richtigen Namen aufgetreten, aber mit gefälschten Papieren. Es gelang ihr, durch ihr einschmeichelndes Wesen das volle Vertrauen der Herrschaft zu erlangen, so daß man ihr die Wohnung anvertraute, als man eines Abends einen Lumpenball besuchte. Kaum hatte die Herrschaft das Haus verlassen, als die „Perle" eine Helfershelferin herbeiholte und mit ihr zusammen die Wäsche und die Kleider, sowie den wertvollen Schmuck im Werte von 180 000 Mark in die Koffer packte. Darauf ließ sie ein Auto herbeikommen, trug die Koffer zusammen mit der Helfershelferin hinunter und fuhr auf und davon. Die Angeklagte Mattern wurde zu 2 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.

§ **Das Urteil im Hamburger Kassiberprozeß.** In dem Kassiberprozeß wurden die angeklagten Rechtsanwälte Joachim Crasemann und Dr. Brandt zu je einem Jahr Gefängnis wegen einfacher Begünstigung unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

§ **Bestrafte Gotteslästerung.** Gotteslästerungen fast unglaublich roher Art verübten an zwei Aprilsonntagen d. J. in Königl. Carmerau (Kr. Oppeln) die 22jährigen Arbeiter Stefan Mutz und Thomas Golletz. An dem einen Sonntag stießen sie vor den Ohren von Kirchgängern die gemeinsten Schimpfworte gegen Gott und Christus aus, an einem anderen rissen sie von einem in der Nähe des Dorfes stehenden Bildstock ab und befudelten diesen und das Kreuz mit Unrat. Einem Beobachter, der dagegen einschreiten wollte, drohten sie mit Totschlag, falls er etwas verrate. Das Schöffengericht Oppeln hatte dafür Golletz zu 9 und Mutz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft hob jetzt die Strafkammer die erstinstanzlichen Strafen als zu niedrig auf und erkannte gegen Golletz auf 3 Jahre 9 Monate, gegen Mutz auf 2 Jahre 1 Monat Gefängnis.

§ **Ein französisches Kriegsgerichtsurteil.** Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte den Regiesangestellten Bischoff aus Wiesbaden zu fünf Jahren Gefängnis und fünf Jahren Landesverweisung. Bischoff hatte bei der Lohnauszahlung an die Regiebeamten 4260 Franken zurückbehalten und unterschlagen.

Patentbericht

mitgeteilt vom Patent-Büro Konrad Köchling, Hagen i. W. Bürohaus Concordiastr. 7, Fernsprecher 3486.

a. Patente. Seckelmann & Co., Lüdenscheid, Druck- oder Zugschalter mit in achsialer Richtung hin- und herbewegtem Schaltkontakt. Gebr. Jäger, Schalksmühle, Kontaktfeder mit zu einer geschlossenen Figur gebogenen Enden. Eugen Kugler, Radevormwald, Zündkerze für Verbrennungskraftmaschinen.

b. Gebrauchsmuster. Gebr. Vedder, elektrot. Fabrik, Schalksmühle, Heizwiderstand für Radioapparate. F. W. Busch, Akt.-Ges., Lüdenscheid, Spreizfeder zur Befestigung von Steckkontakten in isolierten Dosen. Fa. Friedrich Turck, Lüdenscheid, aus zwei an einer Längsseite gelenkig miteinander verbundenen Schalen bestehende Hülle für Spiegel und Kamm. Aus Metall bestehender Behälter für Zigaretten und dergl. Fa. Hugo Sichelschmidt, Lüdenscheid, Nadeleinfädler. Albrecht Jung, Schalksmühle, Schaltrad für Schalter elektrischer Leitungen. Lüdenscheider Metallwerke A.-G. vorm. Jul. Fischer & Basse, Lüdenscheid, Birnenschalter. Drehschalter mit Schutzring.

Börse und Handel.

* **Berliner Börsenbericht vom 1. Oktober.** Der gleiche Grund, welcher bereits gestern für die feste Veranlagung der Börse bestand, blieb auch heute wirksam. Die Grundstimmung war unverändert fest, womit auch eine gewisse Geschäftsbelebung namentlich in Industriepapieren verbunden war. Der mit ziemlicher Sicherheit als nahe bevorstehend anzusehende Abschluß der Londoner Anleiheverhandlungen wirkte besonders anregend, weil die Börse davon auch eine Erleichterung der drückenden Geld- und Kreditnot im Wirtschaftsleben mit der Zeit erhofft. Auch für heimische Anleihen erfolgten zunächst weitere, allerdings nicht so beträchtliche Kursaufschläge wie gestern, die indessen später infolge Realisierungen der nach dem Aktienmarkt abwandernden Spekulation nicht aufrechterhalten werden konnten. Der Geldmarkt hat mit der glatten Überwindung des Ultimo seine bisherige Flüssigkeit wiedererlangt.

* **Die Berliner Devisenbörse vom 1. Oktober** nennt amtlich: Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 18,70—18,79; holl. Gulden 162,09—162,91; Danz. 74,66—75,04; franz. Frank 22,19—22,31; belg. 20,31—20,41; schweiz. 79,80—80,20; Italien 18,37—18,47.

* **Amtlicher Schlachtviehmarkt.** Berlin, 1. Oktober 1924. Auftrieb: 1637 Rinder, darunter 416 Bullen, 614 Ochsen und 607 Kühe und Färsen, 1645 Kälber, 4088 Schafe, 8739 Schweine, 10 Ziegen, 520 Schweine aus dem Ausland. Preise: Ochsen a) 45—50, b) 40—43, c) 37—39, d) 33—36; Bullen a) 42—45, b) 38—40, c) 35—37; Kühe und Färsen a) 45—48, b) 38—43, c) 33—35, d) 25—28, e) 20—24, Fresser 32—36; Kälber a) —, b) 95—100, c) 80—90, d) 60—72, e) 48—55; Stallmastschafe a) 50—56, b) 35—45, c) 25—30; Weidemastschafe a) —, b) —; Schweine a) —, b) 87—88, c) 83—86, d) 78—82, e) 72—76, f) 68; Säue 72—75; Ziegen 18—22. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt, ausgesuchte Kälber über Notiz.

* **Die Konkurse in den ersten neun Monaten 1924.** Nachdem die Ziffer der Konkurseröffnungen nach dem Rückgang im Vormonat im September wieder etwas angestiegen ist (von 792 auf 809), stellt sich nunmehr nach einer Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank" die Gesamtziffer der neueröffneten Konkurse in den ersten neun Monaten d. J. auf nicht weniger als 3952 (gegen 212 i. V.).

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	1. 10.	30. 9.		1. 10.	30. 9.
Weiz., märk.	237-245	232-240	Weizkl. f. Brl.	14,7	14,5-14,7
mitteld.	—	—	Rogkl. f. Brl.	13	12,8-13
Rogg., märk.	234-242	227-234	Raps	360	345-350
pommerscher	—	—	Leinsaat	440-450	440-450
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	32-36	32-36
Futtergerste	203-215	203-215	kl. Speiseerbs.	22-26	22-26
Braugerste	225-250	225-250	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	186-194	184-192	Peluschken	17-19	17-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	20-22	20-22
westpreuß.	—	—	Wicken	17-18	17-18
Weizenmehl			Lupin., blaue	14-15	14-15
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	16-19	16-19
Bln. br. inkl.			Serabella	15-16	15-18
Sack (feinst.			Rapskuchen	15,3	14,8
Mrk. ü. Not.)	33,2-36,5	32,7-35,7	Leinkuchen	25-26	25-26
Roggenmehl			Trockenschtzl.	13,6-13,8	13,6-13,8
p. 100 Kil. fr.			vw. Zuckschn.	23-24	23-24
Berl. brutto			Torfml. 30/70	9-9,2	9
inkl. Sack	32,2-36	32,2-35	Kartoffelfl.	18-18,5	18,5

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Gemeinde Schalksmühle.

Die am 16. August d. J. von der Gemeinde-Vertretung Schalksmühle getätigte Wiederwahl des Faktors **Hermann Diergarten** zum **Gemeinde-Vorsteher** und des Kaufmann **Friedr. Wilh. Groll**, beide wohnhaft in Schalksmühle, zum **stellvertretenden Gemeinde-Vorsteher**, ist von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden

Halver, den 29. Sept. 1924

Der Amtmann.

Amt Kierspe.

Die **Urlisten** derjenigen Personen in den Gemeinden Kierspe und Rönsahl, die zum Amte eines **Schöffen oder Geschworenen** berufen werden werden können liegen vom 4. 10. — 10. 10. 24 auf Zimmer 4 des Amtshauses zur Einsicht offen

Der Amtmann.

Holzverkauf.

Am Montag, den 6. Oktober 1924, nachmittags 1½ Uhr findet der Verkauf von ca.

25 Festmeter Buchen-, Nutz- und Brennholz

zum Selbstabtrieb in **Buschererlen** statt Bekanntgabe der Bedingungen im Termin.

Sämtliches Holz, auch früher verkauftes muß bis zum **1. November 1924** abgefahren sein, widrigenfalls dasselbe ohne weiteres in den Besitz der Kirchengemeinde übergeht.

Kierspe, den 30. September 1924.

Dornseif, Kirchmeister.



Es ist bestimmt in Gottes Rat
daß man vom Liebsten was man hat,
Muß scheiden.

Gestern abend 10 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden im Städtischen Krankenhause in Lüdenscheid meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Wilh. Schliek

Emma geb. **Linde**

im Alter von 55½ Jahren.

Um stille Teilnahme bittet

Familie Wilh. Schliek.

Vornholt und Hemecke, den 2. Oktober 1924.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 5. Oktober nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.
Kranzspenden auf Wunsch der Entschlafenen dankend verbeten.

Vereinigte Turn- und Spielvereine e. V. Halver

feiert am **Sonntag, 5. Okt.** sein diesjähriges

Stiftungs-Fest.

Antreten zum **Festzuge** 2½ Uhr, Vereinslokal. Ab 4 Uhr:

Schauturnen u. Konzert

auf der Carlshöhe
unter gütiger Mitwirkung der
Damenabteilung des Turn-Vereins „Jahn" Lüdenscheid.

Abends 8 Uhr: **Fest-Ball.**

Um regen Besuch bittet **der Turnrat.**

Mitgliedskarten sind an der Kasse vorzuzeigen. Jugendliche haben zum Ball keinen Zutritt.

Konsumverein Halver e. G. m. b. H.

Die Mitglieder werden gebeten die **bestellten**

Zwiebeln

in den Verkaufsstellen abzuholen.

Der Vorstand.

Kohlepapier
Durchschlagpapier
Farbbänder usw.
am Lager.
Wilh. Bell jr., Halver.

Von der Reise
zurück.
Sanitätsrat Dr. Rusche
Facharzt für Haut-, Harn- u. Geschlechtskrankheiten.
Hagen i. W.
Südstr. 9. Ecke Bahnhofstr. Fernspr. 1906.

Suche ordentlichen, zuverlässigen

Jungen

von 16—18 Jahren für landwirtschl Arbeiten.

Aug. Baberg,
Landwirt
Quabecke b. Kierspe.

Wir suchen
Mädchen, Frauen und jugendliche Arbeiter
für dauernde Beschäftigung.
Kaiser & Spelsberg,
Schalkmühle.